

Der Rechtsruck in Ostdeutschland hat viele Gründe. Einer davon ist die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land. Dorfbewohner fühlen sich von der Politik allein gelassen. Wissenschaftler stützen die Behauptung – und geben der neoliberalen Politik auf EU-Ebene eine erhebliche Mitschuld.



Stillgelegtes Gleis in Sachsen

Foto: imago/fossiphoto

## Ohne Zug und Zeitung

Dorfbewohner fühlen sich vergessen – und zeigen das bei Wahlen

In ländlichen Regionen Sachsens ist es um die Daseinsvorsorge oft nicht mehr gut bestellt. Viele Dorfbewohner sind von der Politik enttäuscht – und tragen ihren Protest auch in die Wahlkabinen.

Von Hendrik Lasch, Dürrhennersdorf

Immerhin: Zwei Läden gibt es noch. Die Fleischerei Zugwurst in Dürrhennersdorf hat an diesem Tag Schnittfleisch im Angebot. Ein Stück weiter wirbt die Bäckerei mit Buchteln. Das war es dann aber an öffentlichen Einrichtungen in dem rund 1000 Einwohner zählenden Ort in der Oberlausitz. Ein Dorfladen, eine Post, eine Kneipe, in der man sich abends auf ein Bier treffen könnte? Fehlanzeige.

Alles das gab es früher. Vor 25 Jahren existierten in Dürrhennersdorf ein Konsum, eine Post und ein Gasthof, der in dieser Gegend »Kretscham« heißt. Die Läden waren nicht nur für die Leute aus dem Dorf wichtig, sondern auch für die Beschäftigten einer Tuchfabrik. Der Betrieb ist längst abgewickelt, die Infrastruktur folgte. Der Konsum wurde erst durch einen Dorfladen ersetzt, der sich später zum Getränkestützpunkt wandelte und dann dicht machte. Es folgte

ein kleiner Laden, in dem immerhin noch Bier, Zeitungen und Klopapier verkauft wurden. Inlängst wurde er geschlossen – aus Altersgründen. Die Filiale eines Versandhandels konnte sich ebenso wenig halten wie ein Schuhladen.

Nicht nur der Einkauf ist in Dürrhennersdorf schwierig geworden. Die Bahnstrecke in Richtung Zittau und Görlitz wurde vor 15 Jahren eingestellt; jetzt fährt ein paar mal am Tag ein Bus – wenn nicht gerade Schulferien sind. Kulturelles Leben fand einst im Park des Ritterguts statt: Dort gab es Freiluftkino und Parkfeste. Heute ist das Gut saniert, aber weitgehend ungenutzt; um den Park zieht sich ein Zaun. Eine eigene Verwaltung gibt es auch nicht mehr. Dürrhennersdorf hat vor Jahren seine Eigenständigkeit verloren und wird von Neusalza-Spremberg aus regiert.

Es gibt dieser Tage viele Versuche, den Wahlerfolg der AfD in Ostdeutschland, in Sachsen und nicht zuletzt in der Oberlausitz zu ergründen – ein Erfolg, zu dem auch Dürrhennersdorf beitrug: Von 824 Wahlberechtigten gaben 528 ihre Stimme ab, davon 238 für die AfD, ein Ergebnis von 45,1 Prozent. Schon bei der Landtagswahl 2014, als die Par-

tei erstmals in einen Landtag einzog, war sie im Ort besonders erfolgreich: 33,6 Prozent bedeuteten damals sächsischen Rekord.

Die Motive, warum Rechtspopulisten gewählt werden, sind sehr vielfältig: echte oder gefühlte wirtschaftliche Benachteiligung, Misstrauen gegenüber Demokratie und etablierten Parteien, tiefe Ressentiments gegen Fremde und Fremden, Skepsis gegenüber Veränderung. Allerdings kommt in der hohen Zustimmung auch eine zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land zum Ausdruck. Das Kreuz für die AfD ist dabei auch der – zweifelhafte – Versuch, ein in vielen Dörfern verbreitetes Gefühl zu artikulieren: das, wonach die eigenen Probleme von der Politik nicht mehr wahrgenommen werden.

Exemplarisch wird das deutlich in Berichten aus dem mittelsächsischen Dorfcemnitz, jenem Ort, in dem die AfD bei der Bundestagswahl sogar 47,4 Prozent einfuhr und mit 414 Stimmen exakt so stark war wie die fünf anderen im Bundestag vertretenen Parteien zusammen. »Uns hier im Gebirge vergisst man«, zitiert die »Sächsische Zeitung« einen Einwohner, der SPD gewählt habe: »Wir sind

auf dem Dorf das Letzte.« Der parteilose Bürgermeister Thomas Schurig erklärt, es gebe kaum Arbeitslosigkeit und wenig soziale Probleme in dem Ort. Es gibt aber auch kein Geld, um etwa einmal eine Straße zu sanieren. Und Politiker – außer von der AfD, die im Wahl-

*Es herrscht das Gefühl, die Probleme auf dem Land würden von der Politik nicht mehr wahrgenommen. »Uns hier im Gebirge vergisst man«, sagt ein Mann: »Wir sind das Letzte.«*

kampf geschickt die abgelegenen Orte bespielt – ließen sich nicht blicken. Titel der Reportage: »Im Tal der Vergessenen«.

Solche Täler gibt es in Ostdeutschland viele – auch dort, wo das Land eher flach ist. Gerade im »so genannten ländlichen Raum« sei »der

Staat aus der Fläche verschwunden«, heißt es in einer Analyse der »Süddeutschen Zeitung« zu den AfD-Erfolgen im Osten – und damit auch das gesellschaftliche und unternehmerische Leben. Dörfer verloren durch Gemeindereformen ihre Eigenständigkeit; Schulen wurden geschlossen, was Kinder zu langen und für die Eltern teuren Busfahrten zwingt; Arztpraxen, Bankfilialen und selbst Geldautomaten machten dicht. Derselbe Zustand müssen nicht zwangsläufig zu Zustimmung für Rechtspopulisten führen. In der katholisch-sorbischen Lausitz lagen deren Ergebnisse unter dem Landesdurchschnitt; zugleich hat sie Bastionen auch im sehr gut versorgten Speckgürtel rund um Dresden. Dass aber eine verschwundene Daseinsvorsorge oder das, wie die »Süddeutsche« es formuliert, fehlende Erlebnis von Politik als »handlungsfähigem Advokaten der Bevölkerung« ein Gefühl von Frust weiter befeuert: Das steht wohl außer Zweifel.

Wie erntichtert die Landbewohner sind, hat auch Michael Kretschmer erfahren, Generalsekretär der CDU in Sachsen – jener Partei, die den Freistaat seit 1990 ununterbrochen regiert, sich dabei lange Zeit nicht zu-

letzt auf großen Rückhalt in den eher konservativen ländlichen Regionen stützen konnte und nun bei der Bundestagswahl ihr blaues Wunder erlebte, indem sie von der AfD überholt wurde. Kretschmer, der auch sein Direktmandat verlor, macht dafür eine »Melange« verantwortlich, eine Stimmung, zu der die Abwehr von Zuwanderung beitrug, aber auch die Sorge um die künftige Rente und der Ärztemangel auf dem Land.

Wie stark das die Abkehr von der »etablierten« Politik befördert, hat Kretschmer bei einem »Schlüsselmoment« im Wahlkampf erlebt. In einer Gemeinde, in der fast alle Arbeit haben und die Straßen saniert sind, redete er mit Gemeinderäten, die seit einer Eingemeindung kaum noch etwas zu entscheiden haben. Er erfuhr, dass es in dem Ort kein einziges Parteimitglied mehr gibt, kaum jemand eine Zeitung liest und sich die Leute überwiegend über Facebook informieren. Der CDU-Mann hatte eine kuriose Idee: »Es wäre gut, wenn wir jedem eine Zeitung geben könnten.«

Womöglich würde mancher die Information auf Papier sogar denen aus dem Internet vorziehen. Denn das ist im Freistaat quälend langsam – nahezu überall außerhalb der Städte.

## Abgehängt – und auch noch selbst schuld daran

Wissenschaftler: Neoliberale EU-Politik befördert ungleiche regionale Entwicklung in Europa / Zu den Folgen gehören »Abwanderungskultur« und politischer Rechtsruck

Der Abstieg vieler ländlicher Regionen in Europa wirkt schicksalhaft. Das ist er mitnichten. Forscher geben der EU-Politik eine Mitschuld – und mahnen zum Umsteuern.

Von Hendrik Lasch, Leipzig

Der Leuchtturm galt lange als Ideal für die regionale Entwicklung in Ostdeutschland. Als Leuchttürme galten Großbetriebe, die viele Jobs schaffen und Forschungseinrichtungen anziehen. So wie das Licht der Leuchttürme über das Wasser strahlt, sollten derlei industrielle Kerne in das Land leuchten. Die dort erwirtschafteten Gewinne sollten in weniger prosperierenden Regionen für Entwicklung sorgen.

Dieses Konzept ist gescheitert: »Es funktioniert leider nicht«, sagt Thilo Lang vom Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig. Forscher des Instituts haben seit 2014 gemeinsam

mit Kollegen aus zwölf Ländern zur wachsenden Kluft in der Regionalentwicklung innerhalb der EU geforscht und jetzt bei einer Tagung in Leipzig Bilanz gezogen. Ihr Befund ist ernüchternd: Die derzeitige in Brüssel praktizierte Politik werde dazu führen, dass sich die regionale Ungleichheit immer weiter vertieft.

Die Wissenschaftler beobachten in der EU-Politik eine Verschiebung von Prioritäten. Strategische Dokumente wie die Lissabon-Agenda setzten weniger als früher auf soziale Aspekte, sondern immer stärker auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Diese werde vorrangig in Städten und Metropolen verortet. Ländliche Räume, denen es etwa an Infrastruktur fehle, würden in diesem neoliberalen Ansatz zu Verlierern gestempelt – und, wie es in einem Thesenpapier heißt, zu allem Überduss auch noch »selbst dafür verantwortlich« gemacht, getreu der Devise: Wer im Wettbewerb

um Investoren nicht mithalten kann, muss sich eben mehr strecken.

Die Folgen dieser Entwicklung sind höchst problematisch. Sie führt etwa zu verstärkter Migration; in manchen Regionen sei eine regelrechte »Abwanderungskultur« entstanden, sagt Lang. Vor allem junge Leute, darunter viele gut ausgebildete Frauen, ziehen weg. Diejenigen, die zurückbleiben, fühlen sich zunehmend abgehängt, vom Staat allein gelassen – und wenden sich in ihrer Resignation oft rechtspopulistischen Parteien zu.

Die Wissenschaftler fordern angesichts dessen ein Umsteuern – ohne sich freilich allzu großen Illusionen hinzugeben. »Ich sehe nicht, dass in der näheren Zukunft vom neoliberalen Dogma abgerückt wird«, sagt der griechische Geograf Costis Hadjimichalis, der als Gastwissenschaftler in dem Projekt mitwirkte. Ohne diese Abkehr jedoch werde es keinen Richtungswechsel in der Regionalpolitik

geben. Der finnische Forscher Tomas Hanell fordert, politische Entscheidungen an anderen Messgrößen als dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) auszurichten, das derzeit in der Beurteilung regionaler Entwicklung als das Maß aller Dinge gelte. Die EU-Politik orientiere sich an fünf »Leitindikatoren«, zu denen zwar auch die Beschäftigungsrate gehöre. Es frage aber niemand danach, »ob man seinen Job mag, ob man zu viel oder zu wenig arbeitet oder wie man mit dem Verdienst zufrieden ist«. Hanell würde regionale Entwicklung gern auch anhand von »Lebensqualitätsindikatoren« beurteilen – was womöglich dazu führe, dass der ländliche Raum wesentlich besser abschneide als jetzt.

Das wiederum würde auch gesellschaftliche Diskurse etwa in den Medien verschieben, sagt Lang – die derzeit eher »großstadtfreundlich« geführt würden, während der ländliche Raum »abgewertet« werde. Die Met-

ropolen gelten als cool, das Dorf als verschmachtet, abgehängt und tot. Es wird vom »Landlust« lesenden Großstädter zwar gern besucht, aber nur, wenn es abends wieder heim geht.

Allerdings räumen die Forscher ein, dass allein Veränderungen in der statistischen Bewertung und dem Ansehen ländlicher Regionen nicht zu einer ausgewogeneren Entwicklung führen werden; diese bedarf handfester politischer Entscheidungen. Im Thesenpapier fordern sie, dass sich die Kohäsionspolitik der EU »wieder stärker auf eher traditionelle Felder wie Infrastruktur, Soziales und Umweltschutz konzentrieren« müsse. Sie empfehlen zudem, die Verwaltungen in den Regionen zu stärken, indem ihnen Budgets zur Verfügung gestellt werden, über die sie in eigener Verantwortung entscheiden können. Die ländlichen Regionen sollten stärker als »Innovationsräume« wahrgenommen werden, in denen etwa auch al-

ternative ökonomische Ansätze erprobt werden könnten – die von der EU stärker gefördert werden sollten.

Ob die Ideen geeignet sind, die Abwärtsspirale in den ländlichen Räumen aufzuhalten, ist offen. Mancher in den EU-Hauptstädten wird sie als Geldverschwendung empfinden. Tomas Hanell allerdings gibt zu bedenken, es werde stets nur vorgerechnet, was Regionalpolitik koste: »Es fragt aber keiner, was die Kosten von Nicht-Regionalpolitik sind« – in sozialer, ökologischer, aber auch streng ökonomischer Sicht. In Finnland werde gerade eine neue Großstadt errichtet – für sehr viel Geld. Den künftigen Einwohnern das Leben auf dem Land angenehmer zu gestalten, hätte weniger gekostet. Hanell hat für die Regierung Norwegens eine Studie zur Frage erarbeitet, ob es sich rechnet, eine weitere Urbanisierung zu fördern. Das Fazit, sagt Hanell: »Es ist günstiger, nicht zu konzentrieren.«